

Freundschaft plus

Fünfzig Jahre Élysée-Vertrag

DANIEL VERNET

Geboren 1945 in Chamalières, ehemaliger Chefredakteur (1985 bis 1991) und Direktor für die internationalen Beziehungen (1991 bis 2008) der französischen Tageszeitung „Le Monde“. Schreibt Kommentare über Außenpolitik für die Onlinemagazine „Boulevard-Exterieur.com“ und „Slate.fr“.

sich Deutsche und Franzosen lange mit der Frage nach einem würdigen Inhalt für die Feierlichkeiten zum vierzigsten Geburtstag abmühten. Frankreich wünschte sich mit seiner Vorliebe für große symbolische Gesten einen neuen Vertrag. Deutschland mit seiner pragmatischen Sichtweise konnte den Partner davon abbringen. Das hinderte ein Jahrzehnt später den frisch gewählten Staatspräsidenten François Hollande nicht daran, das Thema wiederzubeleben – auch diesmal ohne Erfolg. Er wollte mit diesem Vorschlag seine grundsätzliche Verbundenheit mit der deutsch-französischen Freundschaft demonstrieren, da er sich im Vorfeld missbilligend über die sogenannte „Merkozy“ geäußert hatte, die von der französischen Linken als „Gefolgschaft“

Bedeutsame Geburtstage dienen häufig dazu, Bilanz zu ziehen, sie bieten aber auch die Gelegenheit, neue Ansätze und Orientierungen zu suchen. Der fünfzigste Jahrestag des Élysée-Vertrags ist in dieser Hinsicht ein ganz besonderes Jubiläum für die deutsch-französische Zusammenarbeit – wie schon 2003, als

von Nicolas Sarkozy gegenüber der Politik Angela Merkels verstanden wurde. Ein neuer, von den beiden Regierungen feierlich unterzeichneter Vertrag hätte die grundlegenden politischen Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund gedrängt und mit einigen Versprechungen für die Zukunft die bei den europäischen Projekten bestehende Dissonanz überdeckt. Berlin macht sich Sorgen über die wirtschaftliche „Distanzierung“ Frankreichs von Deutschland und über die Weichenstellung der neuen sozialistischen Führung, die im völligen Gegensatz zur Sparpolitik der Bundesregierung steht.

In Paris zeigt man sich zuversichtlich in einer gemeinsamen „südlichen“ Front (Frankreich, Italien, Spanien) und tröstet sich mit dem Hinweis, dass es immer wieder Disharmonien zwischen Frankreich und Deutschland gegeben hat, die Zusammenarbeit jedoch dadurch nie ernsthaft gefährdet wurde. Missverständnisse scheinen konjunkturbedingt. Bei einem Regierungswechsel in Deutschland oder Frankreich wird in der Regel zunächst das deutsch-französische „Tête-à-Tête“ kritisiert, man sieht sich nach anderen Partnern um und kehrt dann mehr oder weniger schnell zum deutsch-französischen Zweibund zurück, da keine Alternative gefunden wurde.

„ERSATZ“ FÜR GESCHEITERTES MODELL

Geburtstage sind Anlass für Feiern und Selbstbeglückwünschung, aber man sollte auch zurückblicken und sich daran erinnern, dass schon bald nach Abschluss des Élysée-Vertrags grundlegende Divergenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik auftraten. Der deutsch-französische Vertrag war übrigens nur ein „Ersatz“ für das gescheiterte – intergouvernementale und NATO-unabhängige – gaullistische politische Unionsmodell für die Mitglieder der EWG. Charles de Gaulle wollte im Zweierverbund erreichen, was zu sechst nicht gelungen war. Doch der Bundestag versah den Vertragstext mit einer Präambel, die in Paris wegen ihrer „Atlantikbündnislastigkeit“ Missstimmung auslöste und de Gaulle davon überzeugte, das ganze Unterfangen sei eine Totgeburt.

Dieser übersteigerte Pessimismus war erwiesenermaßen fehl am Platz. Der Vertrag hat die Wechselfälle der Geschichte überstanden. Die Verständigung war vielleicht nicht immer so eng wie beabsichtigt, aber der unverzichtbare, wenn auch nicht alleinige Beitrag der deutsch-französischen Zusammenarbeit zum europäischen Aufbauwerk wird von allen anerkannt. Ohne die hierbei geleistete europäische Integrationsarbeit wäre der Westteil unseres alten Kontinents während des Kalten Kriegs marginalisiert worden. „Objektive“ Umstände wirkten unterstützend: Die Folgen des Zweiten Weltkriegs, der Wiederaufbau der Volkswirtschaften, die Ost-West-Konfrontation und die Zweiteilung des Kontinents mit dem Grenzverlauf mitten durch Deutschland sowie das amerikanische Engagement in Europa schafften günstige

Voraussetzungen für die deutsch-französische Aussöhnung und Zusammenarbeit. Das Gleichgewicht zwischen den beiden Ländern wurde durch die „Symmetrie der Asymmetrie“, wie der amerikanische Politologe Stanley Hoffmann es nannte, gewährleistet. Deutschland war wirtschaftlich stark, aber zweigeteilt, seine Hoheitsrechte waren durch die Alliierten eingeschränkt und bis 1973 war Deutschland nicht einmal Mitglied der Vereinten Nationen. Frankreich hingegen zählte zu den fünf „Großen“, den ständigen Mitgliedern im Sicherheitsrat der UNO. Charles de Gaulle machte Frankreich außerdem zur Atomkraft.

In der Europapolitik vertraten die zwei Länder eine unterschiedliche Ausgangsposition. Das eine wollte ein Europa der Nationen als eigenständige Macht gegenüber den Vereinigten Staaten und der NATO, die als bewaffneter Arm der USA galt. Das andere Land hegte wegen seiner jüngsten Geschichte tiefes Misstrauen gegen die Nation und favorisierte ein supranationales Europa oder gar die Vereinigten Staaten von Europa als Wirtschafts- und Handelsmacht von Weltrang, die ihre Sicherheit allerdings dem transatlantischen Bündnis anvertraute. Deutschland brauchte Frankreich, denn die Beziehungen zum Nachbarn waren für alle anderen europäischen Partner der beste Beleg seiner neu erlangten Ehrwürdigkeit. Frankreich brauchte Europa, um Deutschland zu bändigen und seine Währungs- und Wirtschaftskraft besser zu kanalisieren.

WANDEL SEIT NIZZA

Dieses gegenseitige Nehmen und Geben dauerte bis zum Anfang der 1990er-Jahre und zur deutschen Wiedervereinigung an. Das Verhältnis veränderte sich – wenn auch nicht sofort wahrnehmbar – mit dem Ende des Kalten Kriegs. Anfänglich brauchte Deutschland noch die Kautions durch Frankreich und Europa. Der Gipfel von Nizza im Dezember 2000 modifizierte das Prinzip der Stimmengleichheit der Länder im Europäischen Rat und setzte dieser ersten Periode dadurch auch ein symbolisches Ende.

Die Attribute der französischen Überlegenheit verloren ihre relative Bedeutung, vornehmlich das nukleare Waffenarsenal. Deutschland konnte in dieser Zeit nach der diffizilen Integration der neuen Bundesländer seinen wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber Frankreich vergrößern. Mit dem Euro, den Bundeskanzler Kohl im Gegenzug zur Unterstützung der Wiedervereinigung Deutschlands akzeptiert hatte, sollte – so die Vorstellung der Pariser Regierungskreise – der Vorherrschaft der D-Mark ein Ende bereitet werden. Frankreich begriff allerdings sehr bald, dass die Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank geschaffen worden war. Nicht alle fanden dies bedauerlich, jedenfalls nicht die Verfechter einer Reform des französischen „Sozialmodells“.

Die Eurokrise macht deutlich, dass Frankreich und Deutschland zweierlei Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben. Dieser Gegensatz bestand schon während der Präsidentschaft Sarkozys, wurde jedoch teilweise durch dessen politische Entscheidung überdeckt, sich eng an Deutschland anzulehnen, um im Klub der tugendhaften Länder zu verbleiben. Verstärkt erkennbar ist diese Gegensätzlichkeit bei François Hollande, auch wenn der zweite sozialistische Präsident der Fünften Republik ein Lippenbekenntnis zur Haushaltsdisziplin ablegt.

„POLITISCHE UNION“ ODER „SOLIDARISCHE INTEGRATION“

Angela Merkel spricht von einer „politischen Union“ Europas und meint damit eine stärkere EU-Kontrolle der Staatshaushalte der Euroländer, möglicherweise verbunden mit einer engeren parlamentarischen Kontrolle. François Hollande versteht darunter die Ausdehnung des deutschen „Modells“ auf die gesamte Eurozone. Er spricht vorzugsweise von „solidarischer Integration“, wobei die Solidarität beinhaltet, dass die Überschussländer den Not leidenden Ländern zu Hilfe eilen.

Hinter den Begriffen versteckt sich eine politische Realität. In den französischen Führungskreisen herrscht abseits von der politischen Couleur ein tief verwurzeltes Misstrauen gegen die früher aus Bonn und jetzt aus Berlin stammenden Vorschläge über eine politische Union. 1994 blieb das „Schäuble-Lamers-Papier“ über die Schaffung eines Kerneuropas mit einer gemeinsamen Währung ohne Antwort. Im Jahr 2000 wurden die Vorschläge des damaligen Außenministers Joschka Fischer in seiner Rede an der Berliner Humboldt-Universität als gefällige intellektuelle Gedankenspiele abgestempelt. 2005 wurde das bestehende Misstrauen durch das klare Nein der französischen Bevölkerung zum europäischen Verfassungsentwurf zusätzlich verstärkt. Die massive Ablehnung der europäischen Verfassung war für die politische Klasse und besonders für die Anhänger Europas, zu denen auch François Hollande zählt, ein veritable Trauma. Das Negativvotum von 2005 traf ihn in zweierlei Hinsicht schwer, denn er war ein enger Vertrauter von Jacques Delors und hatte im Jahr zuvor als Vorsitzender der Sozialistischen Partei die mehrheitliche Zustimmung seiner Parteigenossen zur europäischen Verfassung erhalten. Zum Zeitpunkt des Referendums hingegen war die Partei gespalten und verhalf dem „Non“ zum Sieg. François Hollande wird sich nicht so schnell auf ein neues institutionelles Abenteuer einlassen.

Auf die Vorschläge Deutschlands für eine politische Union reagieren die Franzosen zwiespältig. Sie waren zwar lange selbst eifrige Befürworter eines politischen Europa, wollen die Deutschen jedoch nicht beim Wort nehmen. Sie befürchten, Deutschland könne es tatsächlich ernst meinen und sie auf

einen Weg bringen, der über die vermeintlichen Wünsche der Menschen zu dem Thema hinausgeht. Andererseits werden Deutschland Hintergedanken unterstellt, mit dem Begriff der politischen Union nur die Ausdehnung des deutschen Modells kaschieren zu wollen und seine budgetären, finanziellen und fiskalischen Forderungen mit einem unrealistischen europäischen Engagement zu schmücken.

EINE ART GROSSE SCHWEIZ?

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon und zum Euro-Rettungsschirm ESM werden als Ausprägungen von Europaskepsis interpretiert und nicht als ein Aufruf, sich mit der Frage der demokratischen Kontrolle der europäischen Politik auseinanderzusetzen, immer gemäß dem Grundsatz „no taxation with-out representation“.

Eine politische Union für ein Europa, das nicht bereit wäre, eine führende Rolle auf der Weltbühne zu übernehmen – worin läge der Sinn? Diese Frage wird in Paris gestellt. Und die jüngsten Entscheidungen von Berlin, unter anderem die Enthaltung in der Libyenkrise, könnten bedeuten, dass Deutschland keine internationale Verantwortung übernehmen will und das auch für Europa nicht wünscht. In Frankreich wird Deutschland immer noch als eine Art große Schweiz wahrgenommen, ein Land, dem es gut geht, das ein wenig zu Egoismus neigt und seine internationale Marktpräsenz stetig ausbauen möchte, aber keine großen politischen Ambitionen hegt. Die Gegenfrage, ob Frankreich von einem übergeordneten politischen Projekt beseelt ist, ist berechtigt. Falls dem so ist, hat Frankreich überhaupt die Mittel dazu oder begnügt es sich mit Bestandswahrung?

KONTRÄRE POSITIONEN, GUTE KOOPERATION

Der Motor der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den vergangenen fünfzig Jahren war weder die persönliche oder ideologische Sympathie der politischen Führungsspitzen der beiden Länder füreinander (wobei gute persönliche Beziehungen hilfreich sein können) noch die Gemeinsamkeit der Standpunkte bei den großen Themen. Im Gegenteil. Die Kooperation funktionierte immer dann besonders gut, wenn die beiden Regierungen völlig konträre Positionen in Europa vertraten. Die angestrebten und eingegangenen Kompromisse stellten einen Mittelweg dar, dem sich alle anderen Partner unabhängig von ihrer Ausgangsposition anschließen konnten. In diesem Sinn hat sich in der EU nicht viel verändert, auch wenn ein Kompromiss zwischen 28 schwieriger zu schließen ist als zwischen sechs Partnern.

Frankreich und Deutschland brauchen einander. Deutschland kann seine Vormachtstellung in Europa (ob es will oder nicht) nicht allein ausfüllen, ohne das „deutsche Problem“ wieder heraufzubeschwören. Deutschland kann sich den Zerfall der Eurozone nicht leisten – Bundeskanzlerin Merkel weiß, dass die Folgen für die deutsche Wirtschaft verheerend wären. Sie hat ebenfalls verstanden, dass auch die beste Konvergenzpolitik die Sachverhalte in Europa nicht homogen gestalten kann. Das deutsche Modell lässt sich nicht überall durchsetzen. Nicht alle können Klassenprimus sein.

DEUTSCHES „ÜBER-ICH“

Frankreich kann zu den drei genannten Elementen einen stabilisierenden Beitrag leisten. Auch Frankreich braucht Europa und es braucht dieses deutsche „Über-Ich“, um nicht dem Beispiel der südlichen Länder zu erliegen. Außerdem vertritt es eine strategische Ambition, die ein integriertes Europa erfordert. Will Frankreich sich Gehör verschaffen, muss es zwei Voraussetzungen erfüllen: Es muss seine Wirtschaft wieder ankurbeln und den Widerspruch zwischen dem theoretischen Diskurs für ein starkes politisches Europa und der gegenläufigen politischen Praxis auflösen. Die Wahlkampagne für die Europawahlen 2014 wäre eine ausgezeichnete Gelegenheit, die vielfältigen Konzeptionen für ein politisches Europa zur Diskussion zu stellen.

Aus dem Französischen von Christa Vahsen